

Klimagesetz ist Wolf im Schafspelz

Eidgenössische Abstimmungen

Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Das sogenannte Klimagesetz will in wenigen Jahren alle Autos und Heizungen auf Strom umstellen. Wir haben jedoch schon heute zu wenig Strom und schrammten im letzten Winter hart an Stromabschaltungen vorbei. Sollten dereinst noch unsere Kernkraftwerke abgestellt werden, so steht die Schweiz nahezu ohne Strom da. Sonnen- und Windstrom sind zwar herzig, aber unbedeutend. Sie können weder die Haushalte noch die Wirtschaft zuverlässig mit Strom versorgen. Der letzte Winter hat gezeigt, dass der fehlende Strom einfach mit zusätzlicher Kohleverstromung bereitgestellt wird. Unter dem Schafspelz des Klimaschutzes versteckt sich der Wolf der Kohleverstromung. Ich stimme deshalb Nein zu diesem Gesetz, es gefährdet das Klima und unseren Wohlstand und erhöht erst noch die Steuern.

Christian von Burg
Lohn

Jetzt den Kopf nicht in den Sand stecken

Alle erleben es: Das Klima verändert sich. Dies als Folge eines viel zu hohen CO₂-Ausstosses wegen der Nutzung von fossilen Energien. Stark betroffen sind die Bauern, die mit immer verheerenderen Wetterereignissen (Starkregen, Trockenheit, Hitze) zu kämpfen haben. Es verwundert daher nicht, dass der Bauernverband dem Klimagesetz zustimmt. Die Gletscher (unsere Wasserspeicher im Sommer) schmelzen dahin. Der Permafrost taut auf und führt zu instabilen Verhältnissen in den Alpen; Bergwandern wird wegen Steinschlag immer gefährlicher. In den Städten heizt sich die Luft auf, sodass das Leben dort im Sommer zunehmend unerträglich wird. Die Gegner der Vorlage fordern uns auf, all dies zu ignorieren. Sie spielen auf der Klaviatur der Angstmacherei, indem sie darauf hinweisen, was das uns kosten wird. Sie blenden aus, dass uns die beschriebene Entwicklung noch viel teurer zu stehen kommt, wenn wir nichts tun und den Kopf in den Sand stecken! Daher am 18. Juni unbedingt Ja stimmen!

Urs Hinnen
Neuhausen am Rheinfall

Neue Subventions-Industrie aufbauen?

Bisherige Erfahrungen haben gezeigt, dass Unternehmen und Private nur dann auf Erneuerbare bauen, wenn es Steuergelder gibt, weil sich der Betrieb ansonsten nicht rechnen würde. So müsste das Solarprojekt Grengiols im Wallis mit bis zu 60 % subventioniert werden, damit es gebaut wird. Es wird also eine neue, staatsabhängige Industrie aufgebaut, fast wie in der früheren DDR. Eine Mehrjahresplanung mit dem Ziel gibt es ja auch: Emissionsneutral bis 2050. Es werden Steuergelder in einer Art und Weise verschwendet werden, wie wir es noch nie gesehen haben. Deshalb ein deutliches Nein am 18. Juni.

Bernhard Bühler
Neuhausen am Rheinfall

Weg von Fossilen hin zu Erneuerbaren

Normalerweise gehen die Meinungen bei der Klimapolitik weit auseinander. Das vorliegende Gesetz, welches als Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative erarbeitet wurde, geniesst jedoch eine sehr breite Akzeptanz. Nebst fast allen Parteien setzen sich auch unzählige Verbände und



Eidg. Abstimmung Hinweise zu den Leserzuschriften

Am 18. Juni kommen drei eidgenössische Vorlagen an die Urne: das Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit, die Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen und die Änderung vom 16. Dezember 2022 des Covid-19-Gesetzes. Zu diesen Vorlagen veröffentlichen die «Schaffhauser Nachrichten» Lesermeinungen. Aufgrund der Menge der Zuschriften trifft die Redaktion eine Auswahl; neue Argumente haben Vorrang, und je kürzer der Beitrag, desto grösser die Chance, dass er publiziert wird. Die letzten Zuschriften erscheinen am Mittwoch, 14. Juni; Einsendeschluss ist Montag, 11. Juni.

BILD KEY

Organisationen wie der Schweizer Bauernverband, Economiesuisse, Swissmem oder ETH Zürich für ein Ja ein. Ich bin überzeugt, dass unsere einheimische Wirtschaft enorm profitieren kann. Nutzen wir die Chance für neue Technologien und erhalten wir mit neuen Berufen wie den Solarmonteuren Arbeitsplätze und Wertschöpfung in der Schweiz. Zudem können wir mit einer Erhöhung der inländischen Stromproduktion aus erneuerbarer Energie die Abhängigkeit vom Ausland reduzieren und gleichzeitig die Verantwortung für die kommenden Generationen wahrnehmen. Setzen wir mit einem Ja zum Klimagesetz am 18. Juni ein klares Zeichen. Eine unabhängige Stromversorgung, mehr Arbeitsplätze in der Schweiz, Chancen für eine innovative, inländische Wirtschaft und eine verantwortungsbewusste Umweltpolitik sind viele gute Gründe dafür.

René Schmidt
Schaffhausen

Das Risiko Stromlücke wird verschärft

Da der gesamte Anteil an fossiler Energie durch elektrische Energie ersetzt werden soll, wird der heutige Stromverbrauch von aktuell 60 TWh auf 90 TWh prognostiziert. Mit der Stromwende inklusive Abschalten aller KKW entsteht bis 2044 eine Produktionslücke von rund 45 TWh, welche die Schweiz ausgleichen muss. Ob diese gewaltige Lücke rein durch erneuerbare Energieträger und durch Zukauf auf dem europäischen Strommarkt kompensiert werden kann, ist mehr als fraglich. Das Gesetz liefert hier keine Antworten. Sicher ist, dass ein Mangel an Strom zu höheren Preisen führt und dies für praktisch alle Produkte. Diese Kosten und das steigende Risiko für Blackouts tragen letztlich wir als Strombezügler alle selber, am Schlimmsten aber wird es die unteren Einkommensschichten treffen. Deshalb ein klares Nein zu diesem gefährlichen Klimagesetz!

Erwin Sutter
Schaffhausen

Die Kurve noch kriegen

Der von uns Menschen ausgelöste Klimawandel ist eine Bedrohung für die Erde, Natur und die Menschheit. In dieser Situation gibt es zwei Möglichkeiten zu reagieren: Entweder wir leugnen die

Wirklichkeit, fahren mit Vollgas in Richtung Abgrund und stürzen in die Katastrophe. Oder wir handeln verantwortungsvoll, gehen weg vom Gas, bremsen und kriegen die Kurve gerade noch. Das Klimaschutz-Gesetz bringt verantwortungsvolles Handeln, setzt auf Anreize und kommt ohne Verbote und neue Abgaben aus. Eine gute Sache und ein eidgenössischer Kompromiss. Deshalb stimmen wir Ja.

Bruno und Christina Loher
Schaffhausen

Wer muss umdenken?

Strom, Strom, Strom, viele verlangen danach. E-Bikes, E-Trottinets, Ausbau des ÖV mit mehr strombetriebenen Bahnen und Bussen, E-Autos, was kommt noch? Benzinbetriebene Fahrzeuge müssen bei Annahme des Gesetzes über kurz oder lang ersetzt werden. PW werden künftig nur zugelassen werden, wenn sie strombetrieben sind. Aufgrund des Bevölkerungswachstums wird der Fahrzeugverkehr noch zunehmen. Dies führt zu einer fatale Strommangellage in den nächsten Jahren. Von «Stärkung der Energiesicherheit», wie im Gesetzestext erwähnt, kann keine Rede sein. Genau das Gegenteil tritt ein. Gemäss Botschaft des Bundesrates Seite 29 sollen insbesondere erneuerbare Energien wie Wasserkraft und Fotovoltaik ausgebaut werden. Ein frommer Wunsch, wie ich finde. Denn sämtliche Umweltschutzorganisationen verhindern oder verzögern dies durch permanente Einsprachen bei jedem konkreten Projekt. Bewilligungsverfahren dauern oft über zehn Jahre. Diese «Schützergruppen» torpedieren damit andauernd ihre eigenen Zielsetzungen! Bei ihnen muss ein Umdenken stattfinden, ohne ideologische Zwänge. Dass dies aber geschieht, ist zu bezweifeln. Ich will keine künftige Stromlücke in unserem Land und lehne deshalb das Gesetz ab.

Willi Josel
Neuhausen am Rheinfall

Die SVP sagt wieder einmal Nein

Die SVP ist die einzige grosse Partei, die gegen das Klimaschutzgesetz antritt und ein Nein empfiehlt. Es wird dargelegt was alles nicht geht und was alles verboten werden soll. Das zur Abstimmung vorliegende Gesetz will den Gas- und Ölverbrauch bis 2050 senken, um den CO₂ Ausstoss entscheidend zu reduzieren. Dagegen tritt die SVP an, ohne vor-

zuschlagen wie sie das auf andere Weise erreichen will. Das ist bei dieser Gesetzesvorlage nicht das erste Mal. Es ist ein Muster, das sich seit Jahren wiederholt und mich jeweils ratlos zurücklässt. Von Mal zu Mal steigt in mir der Verdacht, dass sie eigentlich gar nichts gegen den Klimawandel und den überhöhten CO₂-Ausstoss unternehmen will, sich aber nicht getraut, das zu sagen. Seit einer Weile fordert sie, was sie eine Zeit lang nur versteckt tat, offen den Wiedereinstieg in die Atomkraft und preist das als Lösung des Problems an. Ja, das wäre theoretisch ein möglicher Weg, müsste aber einhergehen mit einer Volksinitiative, die im Energiegesetz den Bau von Atomkraftwerken wieder erlaubt. Durch die hohen Investitions- und Amortisationskosten oder durch Bundeshilfen und Subventionen würden aber die Stromkosten genauso ansteigen, wie die SVP beim vorliegenden Gesetz vermutet. Nicht dass ich mir wünschen würde, erneut über den Bau von neuen Atomkraftwerken abstimmen zu müssen. Zumindest aber wäre es eine logische und nachvollziehbare Position. Aber anstelle, dass sie glaubwürdige und konkrete Alternativen anbietet, erzählt uns die SVP lieber seit vielen Jahren was nicht geht.

Andreas Frei
Stein am Rhein

Freiluftlabor für grüne Experimente

Mit Annahme des Stromfressergesetzes fällt der Startschuss zum grössten Feldversuch in der Schweizer Geschichte. Man will experimentieren, ob die grünen Modelle mit schöngerechneter Kapazität der Erneuerbaren Energien auch funktionieren. Es wird die Strategie der verbrannten Erde gefahren: Entweder die Energiewende funktioniert, oder wir gehen mit dem Scheitern derselben wirtschaftlich unter. In Deutschland sieht man diese Auswüchse bereits mit dem Abschalten der KKW. Dort hält gerade die Realität Einzug, und man musste die Kohlekraftwerke wieder hochfahren. Es ist absolut fahrlässig, dieses Gesetz anzunehmen.

Martin Schlatter
Beringen

Für den Klimaschutz

«Die reinste Form des Wahnsinns ist es, alles beim Alten zu lassen und zu hoffen, dass sich etwas ändert» (Albert Einstein). Am 18. Juni geht es um eine mu-

tige Weichenstellung, um langfristig von fossilen Brennstoffen wegzukommen und auf erneuerbare Energien zu setzen. Warum? Weil der Energiehunger vor allem im globalen Norden unseren Planeten langfristig ruiniert und weil erneuerbare Quellen eben erneuerbar sind. Ob es nun mehr kostet, diesen Umstieg anzupacken oder zuzuwarten und zu hoffen, dass alles nicht ganz so schlimm kommt, ist reines Kristallkugellesen. Dass wir aber jetzt handeln müssen, wenn sich etwas ändern soll, ist eine Gewissheit! Also an die Urne und am 18. Juni beherzt ein Ja für das Klimagesetz einwerfen!

Victor Locher
Schaffhausen

Woher kommt der Strom?

Als Kind habe ich mich gewundert, wie der Strom in die Steckdose kam. Mit dem Älterwerden habe ich gelernt, wie Strom produziert wird. Was ich ebenfalls gelernt habe: Über den Tellerrand hinaus zu schauen. Daher verwundert mich die kommende Abstimmung umso mehr! Wo waren in den vergangenen Jahren die linken Politiker, als es um die Umnutzung der Abwärme von der Verbrennungsanlage in Beringen ging? Oder dem viel diskutierten Datenverarbeitungszentrum? Der Abwärme der KSS in der Breite? Wie viele der öffentlichen Gebäude der rot-grün regierten Stadt Schaffhausen sind klimaneutral oder zumindest so weit optimiert, dass möglichst viel Energie gewonnen wird? Schweizweit würde man noch etliche solche nicht durchdachten Beispiele finden. Statt über den Tellerrand hinaus-zuschauen, wie man das von gut bezahlten Entscheidungssträgern erwarten könnte, kommt es nun zu einer Abstimmung mit etlichen Vorschriften, um die persönlichen Freiheiten der normalen Bürger einzugrenzen. Woher genau der Strom kommen soll, den wir zusätzlich durch die Verbote von Heizöl, Gas, Diesel und Benzin benötigen, was schätzungsweise 60 % unseres Energieverbrauchs ausmacht, kann wiederum keiner beantworten. Stattdessen soll das Portmonnaie des normalen Bürgers weiterhin belastet werden: die bereits happigen gestiegenen Strompreise des vergangenen Jahres und die höheren Lebensmittelpreise und die prognostizierten steigenden Krankenkassenprämien. Viele offene Fragen – wie üblich keine Antworten. Daher für mich ein eindeutiges Nein am 18. Juni.

Deborah Isliker
Neuhausen am Rheinfall